

NDR Info Podcast

15.01.2022 / 19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

16.01.2022 / 12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken/Kai Küstner

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- **AKTUELL**
Neuanfang oder Eskalation? Russlands neue Gangart gegenüber der NATO
- **SCHWERPUNKT**
Tickende Zeitbombe – Militärische Altlasten in Nord- und Ostsee
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
 - Nichtverbreitungsvertrag zu Atomwaffen – Überprüfungskonferenz erneut verschoben
 - Restriktive Rüstungsexportpolitik ade? Rekordgenehmigungen 2021

Abschrift Aktuell

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Küstner:

Zunächst also zur Forderung Russlands nach umfassenden Sicherheitsgarantien. Moskau hat seit Wochen Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Die Rede ist von mehr als 100.000 Soldaten. Und glaubt man Experten, dann ist der Aufmarsch noch längst nicht abgeschlossen. Nicht nur die Ukraine ist alarmiert, warnt vor einer bevorstehenden russischen Militäraktion. Und vor diesem Hintergrund der Drohkulisse hat der Kreml vom Westen Sicherheitsgarantien verlangt. Nach zwei Videokonferenzen zwischen Präsident Joe Biden und Präsident Putin hat es in dieser Woche gleich mehrere Gesprächsrunden gegeben, um mit der russischen Regierung über ihre Forderungen zu sprechen. In Genf gab es ein Treffen zwischen den USA und Russland, in Brüssel kam erstmals seit langem wieder der NATO-Russland-Rat zusammen und in Wien hat am Donnerstag ein Treffen von OSZE-Vertretern stattgefunden.

Andreas, rausgekommen ist dabei, wenn man das so zusammenfassen will, aber nicht allzu viel...

Flocken:

Das ist richtig. Aber das war auch gar nicht zu erwarten. Alle Beteiligten hatten bereits im Vorfeld die Erwartungen heruntergeschraubt. Und es ist bereits ein Erfolg, dass diese Gespräche überhaupt stattgefunden haben und dass sie nicht abgebrochen worden sind. Die Begegnung in Genf zwischen der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman und dem russischen Vizeaußenminister Ryabkov dauerte über sieben Stunden. Das Hauptziel war, die gegenseitigen Positionen erst einmal deutlich zu machen. Und die Hoffnung und Erwartung ist nun, dass es weitere Gesprächsrunden geben wird. Denn für die NATO und natürlich für die Ukraine ist das Hauptziel, eine russische Militäraktion zu verhindern.

Küstner:

Jetzt ist diese Woche erstmals seit zwei Jahren auch der NATO-Russland-Rat wieder zusammengetreten. Auch der hat länger getagt als gedacht. Das ist doch an sich erst einmal eine positive Nachricht, denn angesichts der Eiszeit zwischen NATO und Russland spielte dieses Gremium lange wirklich überhaupt gar keine Rolle mehr...

Flocken:

In der Tat. Das ist erst einmal ein positives Zeichen, denn das Gremium ist 2002 genau dafür geschaffen worden, dass sich beide Seiten austauschen. Doch seit der Annexion der Krim 2014 ist Russland für die NATO kein Partner mehr. Und im Zuge der Ukraine-Krise haben sich die Beziehungen zwischen Moskau und den NATO-Staaten immer weiter verschlechtert. Moskau nutzte das Gremium bisher auch nicht mehr, die NATO-Vertretung in Moskau musste geschlossen werden. Zuvor hatte die NATO allerdings russische Vertreter praktisch ausgewiesen, denen man Spionage vorgeworfen hatte. Aber in der Sitzung in dieser Woche - und das war auch vorher klar - hat es keine Annäherung der Positionen gegeben. Das gilt insbesondere für die zentralen Forderungen Moskaus. Die sind für die NATO-Staaten nicht annehmbar, sind nicht verhandelbar - das ist auch immer wieder deutlich gesagt worden.

Küstner:

Man spricht miteinander, aber die Positionen sind ziemlich unversöhnlich. Russland, du hast es angesprochen, will Sicherheitsgarantien von den USA, fordert unter anderem, die NATO dürfe keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen. Die militärische Infrastruktur des Bündnisses in Osteuropa müsse auf den Stand vor Mai 1997 zurückgeführt werden, so heißt es in einem der Papiere. Um das noch mal konkret zu machen: das würde bedeuten, die NATO soll Truppen aus NATO-Ländern abziehen, aus den baltischen Staaten, aus Polen. US-Atomwaffen sollen zudem aus Europa abgezogen werden. Jetzt haben NATO und USA deutlich gemacht, das sind alles nicht akzeptable Forderungen. Da stellt sich natürlich die Frage: warum formuliert Russland eigentlich solche unrealistischen Ziele? Warum gerade jetzt, zu diesem Zeitpunkt?

Flocken:

Die genauen Gründe, warum genau jetzt, die kennt wohl nur Putin selbst oder aber seine engsten Mitarbeiter. Aber klar ist, dass Russland schon länger unzufrieden ist mit der geopolitischen Situation. Die hat sich aus russischer Sicht immer weiter zu Ungunsten Moskaus verändert. Dazu muss man wissen, dass Putin und die russische Regierung immer noch in Kategorien von Einflusszonen oder von Einflussphären denkt. Das ist eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges und eine Folge des deutschen Überfalls damals auf die UdSSR. Eine zentrale Lehre ist, dass man nie wieder einen Krieg auf eigenem Territorium führen möchte. Daher auch der Aufbau von Satellitenstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg...

Küstner:

...dass da so eine Art Pufferzone für Russland geschaffen wurde, das ist, glaube ich, ein Anliegen für Moskau...

Flocken:

In der Tat. Moskau möchte schon aus sicherheitspolitischen Gründen ein strategisches Vorfeld haben, will dort Einfluss ausüben. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich die Rahmenbedingungen aber grundlegend geändert. Die Hoffnungen und Erwartungen von Gor-

batschow, vom Bau eines europäischen Hauses und von einer neuen Sicherheitsordnung in Europa, haben sich aus Moskauer Sicht zugleich nicht erfüllt. Die NATO hat sich weiter Richtung Osten ausgedehnt. Ihr gehören jetzt ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten an, außerdem ehemalige Sowjetrepubliken, die baltischen Staaten zum Beispiel - und seit der Krim-Annexion durch Russland haben die NATO-Aktivitäten in der Region erheblich zugenommen, weil sich konkret die Balten und die Polen bedroht fühlen. Daher gibt es mehr NATO-Übungen in dieser Region wie zum Beispiel im Schwarzen Meer, wo aus russischer Sicht die NATO oder auch die USA überhaupt nichts zu suchen haben. Und das gilt im besonderen Maße natürlich auch für die militärischen Aktivitäten in der Ukraine. Dort gewähren einige NATO-Staaten Kiew Militärhilfe.

Küstner:

Ja, aber da muss man, denke ich, zumindest aufpassen, dass man nicht Ursache und Wirkung verwechselt. Denn die Anrainerstaaten fühlen sich nach der Krim-Annexion 2014 vor allem durch Russland bedroht. Angst, dass die NATO jetzt in Russland einmarschiert, muss man ja wohl eher nicht haben. Die NATO hat nie Staatsgrenzen verschoben wie Russland das getan hat. Und außerdem steht eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine - muss man auch mal unterstreichen - aktuell überhaupt nicht zur Debatte, jedenfalls nicht aus meiner Sicht.

Flocken:

Ja, das ist alles richtig. Aber wichtig ist natürlich die russische Wahrnehmung. Russland sieht sich nämlich weiterhin als Weltmacht, sieht sich auf Augenhöhe mit den USA, auch wenn dieser Weltmachtstatus sich nur auf Atomwaffen stützt und wirtschaftlich nicht untermauert ist. Moskau verweist dann schon mal gerne auf die Kuba-Krise 1962. Damals fühlten sich die USA durch die Stationierung sowjetischer Raketen durch die Sowjets massiv bedroht. Und da zieht man gerne den Vergleich zur Ukraine. Richtig ist aber, auf dem Gipfel 2008 hat die NATO der Ukraine und auch Georgien zugesagt, dass sie NATO-Mitglieder werden, allerdings ohne Zeitplan.

Küstner:

... Das war tatsächlich Kanzlerin Merkel, die sich damals offen gegen US-Präsident Bush gestellt hat und dem Beitritt dieser beiden Länder wirklich gebremst hat. Das muss man, glaube ich, noch einmal sagen...

Flocken:

Genau, deswegen gibt es auch keinen Zeitplan. Die Franzosen und die Deutschen - du hast Merkel genannt - waren sehr skeptisch. Die Frage einer Aufnahme stellt sich daher nicht, auch nicht in absehbarer Zeit, denn das Bündnis wird keine Länder mit Territorialkonflikten aufnehmen. Das hat Merkel damals auf dem Gipfel auch gesagt, denn ein neues Mitglied muss zur Sicherheit der NATO, des Bündnisses beitragen. So steht es auch in Artikel 10 des NATO-Vertrages. Das weiß auch Moskau und daher hält Russland den Ukraine-Konflikt auch am köcheln. Aber offenbar befürchtet der Kreml inzwischen, dass die Ukraine auch ohne formelle NATO-Mitgliedschaft durch die militärische Kooperation mit den westlichen Ländern sich dem westlichen Militärbündnis immer mehr annähern. Und möglicherweise ist für Moskau jetzt der Punkt gekommen, offensiv zu werden und Sicherheitsgarantien zu fordern. Begleitet und unterstützt wird das Ganze dann durch den massiven Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine, den wir zurzeit erleben.

Küstner:

Jetzt drängt sich so ein bisschen der Eindruck auf, Moskau agiert mit dieser Drohkulisse im Grenzgebiet auf dem diplomatischen Parkett mit den Forderungen nach Sicherheitsgarantien und der Westen reagiert - ist dadurch in der Defensive. Ist das so, dass Russland das Heft des Handelns in der Hand hat?

Flocken:

Das würde ich so sehen. Aus Sicht des Kremls sind offenbar die Rahmenbedingungen günstig. Präsident Biden kommt die Eskalation der Ukraine-Krise dagegen denkbar ungelegen. Biden hat genug innenpolitische Probleme und außenpolitisch orientieren sich die USA ohnehin Richtung Pazifik. China ist der Haupttrivale, nicht Russland. Das Afghanistan-Debakel liegt erst wenige Monate zurück. Biden hat zudem klargemacht, dass die USA bei einem bewaffneten

Angriff der Russen auf die Ukraine nicht mit Truppen unterstützen würden, also der Ukraine nicht zu Hilfe kommen würden. Und möglicherweise hält der Kreml zudem die Europäer nur für bedingt handlungsfähig, denn Deutschland hat eine neue Regierung, die sich erst noch sortieren muss und Frankreich befindet sich im Wahlkampf. Im Frühjahr steht dort die Präsidentenwahl an. Das alles können Faktoren seien, die Putin möglicherweise bewogen haben, jetzt seine Initiative zu starten und offensiv und ultimativ verbindliche Sicherheitsgarantien zu verlangen. Aber er weiß natürlich selbst, dass der Westen seine Maximalforderungen niemals vertraglich zustimmen wird.

Küstner:

Auf Europa und die Bundesregierung, die sich noch sortiert, können wir gleich noch mal gucken. Aber jetzt ist oft zu hören, dass Putins Forderungen, die wirklich sehr weitgehend sind, nach Sicherheitsgarantien vor allem innenpolitisch motiviert sind. So jedenfalls sieht es der sicherheitspolitische Sprecher der EVP, also der Konservativen im Europäischen Parlament, Michael Gahler, der auf NDR Info gesagt hat:

O-Ton Gahler:

„Russland hat eine Vielzahl von Herausforderungen zu meistern und meine Befürchtung ist, dass Putin sieht, dass er das nicht alles gleichzeitig bewältigen kann. Stichwort: schwache Wirtschaftsstruktur sowieso, Covid wie wir alle, dann die Kapitalflucht der Oligarchen, die immer und ständig läuft. Dann muss er Lukaschenko über Wasser halten. Er muss die Krim voll finanzieren. Die bringt ja nichts, die kostet nur. Er hat den Donbass am Hals, der ihn kostet. Er hat die drei besetzten Gebiete Abchasien und Südossetien in Georgien, Transnistrien in Moldawien. Er führt Krieg - jetzt im Augenblick vielleicht auf niedrigerem Level - in Syrien. Und das mit dieser schwachen grundsätzlichen Wirtschaft. Meine Befürchtung ist, weil er weiß, dass er eigentlich auf den Knien ist und aus dem letzten Loch wirtschaftlich pfeift, dass er wiederum jetzt aggressiv nach außen wird, um nach innen eben die Reihen schließen zu können.“

Küstner:

Sagt der Europaabgeordnete Michael Gahler. Es gibt wieder andere, die sagen das eigentliche Problem ist, Putin kann in den ehemaligen Sowjetstaaten eigentlich keine florierenden Demokratien dulden, weil dann seine eigene Macht zu Hause gefährdet ist. Vielleicht ist das das eigentliche Problem. Nur würde

das in Moskau natürlich nie jemand so sagen oder zugeben. Also, Andreas, deine Einschätzung: will Putin ablenken von eigenen Problemen?

Flocken:

Putin hat ohne Zweifel zahlreiche Probleme im Innern, die sind eben genannt worden. Und diese mögen durchaus eine Rolle spielen. Trotzdem kann man die gegenwärtige Krise allein mit innenpolitischen Faktoren nicht erklären. Aus Sicht von Präsident Putin befindet sich Russland geopolitisch in der Defensive. Ja, er sieht Russland immer mehr eingekreist und diesen Zustand will er ändern. Dazu muss man wissen, dass für Putin der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts ist, das hat er damals so geäußert. Die Auflösung der UdSSR ist eine Tragödie. Diese Entwicklung möchte der russische Präsident zurückdrehen. Aber natürlich ist das praktisch nicht mehr möglich.

Küstner:

Aber das mit dem Einkreisen könnte auch eine Erzählung von Putin sein, die er im Inneren nutzt. Das ist sein großes Narrativ „der Westen bedroht euch, also uns Russen. Ich beschütze euch“. Und nach außen ist das dann auch geeignet, um den Westen wiederum zu spalten.

Aus Moskau ist immer wieder der Vorwurf zu hören, die NATO habe ihr Versprechen gebrochen, sich nicht weiter nach Osten auszudehnen. Dem widerspricht der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, in der ARD ziemlich energisch. Er war damals als deutscher Diplomat an der Ausarbeitung der NATO-Russland-Grundakte von 1997 aktiv beteiligt:

O-Ton Ischinger:

„In diesem Dokument, das von Russland unterschrieben wurde, wurde die Möglichkeit, die NATO nach Osten auszuweiten, genau beschrieben mit allen Beschränkungen, die damit einhergehen und von Russland akzeptiert. Also es ist einfach schlicht und ergreifend falsch, wenn Russland sich darauf beruft, dass ihm anderes versprochen worden sei. Russland hat schriftlich die NATO-Erweiterung 1997 akzeptiert und unterschrieben. Punkt.“

Küstner:

Aber davon, Andreas, will Putin heute nichts wissen. Er stellt das anders dar.

Flocken:

Ja, man muss dazu aber auch wissen, dass der russische Präsident damals Boris Jelzin war. Putin wurde erst einige Jahre später sein Nachfolger. Möglicherweise aber hat Putin von dem Dokument, also von der NATO-Russland-Grundakte, bereits damals nicht viel gehalten. Aber man muss sehen: nach dem Fall der Mauer und dem Ende der Ost-West-Konfrontation gab es generell eine Aufbruchstimmung - nicht nur im Westen, sondern durchaus auch im Osten. Mit Russland gab es eine strategische Partnerschaft, es wurde sogar eine NATO-Mitgliedschaft Russlands für möglich gehalten.

Moskau hatte damals der Deutschen Einheit zugestimmt und das vereinigte Deutschland durfte weiterhin NATO-Mitglied bleiben. Das war 1990 eine Sensation. Es herrschte Vertrauen zwischen Ost und West. Dass sich die NATO einmal nach Osten ausdehnen würde, das war damals offiziell überhaupt kein Thema. Es gab daher hierzu auch keine vertraglichen Vereinbarungen, also kein Verbot der NATO-Osterweiterung. Allerdings versuchte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Februar 1990 unmittelbar vor den Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit russische Bedenken gegen eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zu entkräften:

O-Ton Genscher:

„Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir da nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell.“

Flocken:

Das gilt also ganz generell - so Genscher nach dem Treffen mit dem US-Außenminister Baker. Also keine Ausdehnung der NATO nach Osten. Doch das war vor den sogenannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, also zwischen der Bundesrepublik und der DDR und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges.

Allerdings fand dieses Versprechen keinen Eingang in den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Dieses Versprechen wurde nicht schriftlich fixiert und die Vertreter Moskaus haben auch darauf gar nicht bestanden. Heute aber fühlt sich Russ-

land über den Tisch gezogen. Damals hielt der Kreml so eine Vereinbarung nicht für notwendig. Aus Putins Sicht war das aber ganz sicher ein schwerer Fehler. Ein Fehler, den er offenbar versucht, jetzt zu korrigieren, indem er vom Westen Sicherheitsgarantien verlangt.

Küstner:

Also, ein bisschen kompliziert ist das mit dem sogenannten Versprechen, aber jedenfalls schriftlich wurde dieses Versprechen nie abgelegt.

Jetzt gibt es auch immer wieder den Vorwurf, EU und NATO würden Putin schon längst falsch einschätzen, dass er jetzt so weit gehen würde, sich die Krim einzuverleiben. Das hat niemand kommen sehen. Zumindest aber hat doch Putin schon früher deutlich gemacht, dass er mit dieser geopolitischen Gesamtlage - mit der EU und der Zusammenarbeit mit der NATO - unzufrieden ist. Er hat das bereits vor einigen Jahren in einer Rede im Bundestag, aber auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich gemacht. Das wurde in der NATO nie so richtig zur Kenntnis genommen und eher verdrängt.

Flocken:

Russland ist mit der europäischen Sicherheitsordnung und der NATO-Dominanz schon lange unzufrieden. Man will eine neue Sicherheitsordnung. Dazu hatte Moskau einige Initiativen gestartet und darüber habe ich mit dem Russlandkenner Alexander Graef, vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik gesprochen:

O-Ton Graef:

„Ich kann mich erinnern an einen Versuch Russlands im Jahr 2008 und dann wiederholt im Jahr 2009 nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland einen europäischen Sicherheitsvertrag aufzusetzen und zu entwickeln. Daraus ist damals nichts geworden. Es gab Gespräche im Rahmen der OSZE über diese Fragen, aber letztlich konnte Russland sich nicht durchsetzen. Einen zweiten, eher halbherzigen Versuch hat es gegeben, im Kontext des Krieges in der Ukraine 2014/2015. Und jetzt sehen wir im Grunde einen dritten Versuch 2021/22, dass Russland versucht, die Sicherheitsordnung in Europa, wie sie entstanden ist, zu seinen Gunsten zu verändern.“

Küstner:

Genau dazu hat die russische Regierung im vergangenen Monat zwei Vertragsentwürfe vorgelegt, einen für die USA, einen für die NATO. Die sind übrigens auch in unseren Shownotes zu finden - die sind da verlinkt.

In diesen Entwürfen sind die geforderten Sicherheitsgarantien festgehalten. Noch mal zum Rekapitulieren: keine weitere Aufnahme von NATO-Mitgliedern, Rückzug von NATO-Truppen aus Ländern wie Polen, dem Baltikum und so weiter. Also wirklich Maximalforderungen und damit Punkte, die für die NATO nicht annehmbar sind. Das weiß doch aber eigentlich auch Putin - oder nicht?

Flocken:

Ja, das ist anzunehmen, zumal es auch ungewöhnlich ist, vor Verhandlungen bereits einen fertigen Vertragsentwurf zu präsentieren. Das Ganze hat ohnehin eher den Charakter eines Ultimatums. Mag sein, dass der Kreml von seinen Maximalforderungen noch abgehen würde oder abgehen wird. Das martialische Verhalten Russlands kann aber auch so gedeutet werden, dass Putin mit dem Rücken zur Wand steht. Für den Russland-Experten Alexander Graef ist an dieser Interpretation durchaus etwas dran:

O-Ton Graef:

„Russland befindet sich in einer eher schwachen Position, hat sich immer weiter zurückziehen müssen und das Risiko, dass man jetzt eingeht, auch militärisch, zeigt natürlich, dass Russland ernst macht, dass man bereit ist, dieses Risiko zu gehen, weil es um sehr viel geht und weil - wie Präsident Putin das ausgedrückt hat - man keinen Ort mehr habe, um sich zurückzuziehen, sich weiter zurückzuziehen. Das alles zeigt, dass Russland in einer schwachen Position ist. Und dass andere Mittel zur Machtausübung und zur Wahrung des eigenen Machtanspruchs, zum Beispiel ökonomische, nicht in dem Maße zur Verfügung stehen.“

Flocken:

Also Russland hat nicht genügend Softpower, eigentlich gar keine Softpower. Es hat nicht so viele Instrumente, um Einfluss auszuüben. Das sollte uns aber nicht beruhigen, sondern im Gegenteil, das könnte gerade dazu führen, dass Moskau dann doch auf die militärischen Mittel setzt, weil es eben keine anderen Mittel hat, um unter dieser Schwelle Einfluss auszuüben.

Küstner:

Jetzt gibt es auch die Theorie, Russland habe ganz bewusst die Vertragsentwürfe mit unannehmbaren Forderungen veröffentlicht, weil der Kreml letztlich bereits entschlossen sei, eine Militäraktion zu starten. Bei Ablehnung der Vertragsentwürfe könnte dann die Führung einfach behaupten, auf diplomatischem Weg hat das alles nicht geklappt. Daher bleibe eigentlich nur noch die Möglichkeit der militärischen Eskalation. Dabei seien Sanktionen und westliche Gegenmaßnahmen bereits einkalkuliert, beziehungsweise „eingepreist“. Was hältst du von dieser Theorie?

Flocken:

Das genaue Kalkül des Kremls kennen wir natürlich nicht. Aber ich denke, auch für die Großmacht Russland wäre ein Krieg mit der Ukraine diesmal kein Selbstgänger. Kein Spaziergang wie damals die Krim-Annexion, auch wenn Russland militärisch der Ukraine - man muss es einfach sagen - natürlich klar überlegen ist. Ein bewaffneter Konflikt wäre auch für Moskau mit erheblichen Kosten verbunden. Es würde mit Sicherheit auch Opfer unter den russischen Soldaten geben. Und so einen Krieg könnte auch Auswirkungen auf die Stabilität der russischen Gesellschaft haben. Über kurz oder lang würde es danach ohnehin zu Gesprächen kommen, zu Verhandlungen. Und auch nach einem militärischen Erfolg gegen die Ukraine könnte es unter dem Strich sogar noch ganz erhebliche politische Kosten geben. Die Ausgangsbedingungen wären möglicherweise sogar wesentlich schlechter als vor Beginn eines Krieges gegen die Ukraine. Ich denke, das weiß auch der Machtpolitiker Putin. Und deswegen würde er sich wohl sehr genau überlegen, ob er sich für die militärische Option entscheidet.

Küstner:

Wirtschaftlich könnte das auch einiges kosten. Aber lass uns noch einmal auf das Hauptanliegen, also auf die Hauptforderungen Russlands kommen. Moskau pocht auf Einflusszonen, zumindest will es in seinen Anrainerstaaten keine NATO-Truppen stationiert sehen, weil diese angeblich als Bedrohung betrachtet werden- auch wenn der Westen das Gegenteil sagt, die NATO sei keine Bedrohung. Wie kann denn da überhaupt ein Kompromiss aussehen? Wäre

beispielsweise eine Blockfreiheit der Ukraine überhaupt im Bereich des Möglichen?

Flocken:

Die NATO hält an ihrer Open-Door-Policy fest. Das heißt, jedes Land entscheidet selbst, welchem Bündnis es angehören will. Wobei letztlich auch das Bündnis gemeinsam entscheidet, ob es ein Land aufnehmen will und wird, insbesondere wann das dann der Fall sein wird. Die Ukraine selbst, hat das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft mittlerweile in die Verfassung geschrieben und dieses Ziel ist dort verankert. Aber grundsätzlich wäre eine Neutralität oder die Blockfreiheit durchaus eine Option. Wir haben auch das Beispiel Finnland. Das Land hat eine über tausend Kilometer lange Grenze mit Russland, gehört aber nicht der NATO an, wohl aber der EU. Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick kann sich das durchaus auch für die Ukraine vorstellen:

O-Ton Varwick:

„Die Frage ist: wollen wir uns die Mühe machen, darüber zu verhandeln, ob etwa die Ukraine einen neutralen Status bekommt und natürlich im Konsens mit der Ukraine, das soll nicht über die Ukraine hinweggehen. Aber vielleicht ist es ja auch im Interesse der Ukraine, sozusagen einen solchen Status zu bekommen und das gewissermaßen im Rahmen einer großen Konferenz zu diskutieren.“

Flocken:

Wie gesagt, das ist nur ein Denkansatz. Und natürlich darf und kann das nicht über den Kopf der Betroffenen entschieden werden.

Küstner:

Also ich bin da sehr skeptisch, dass die NATO sich darauf einlassen würde. Und du hast Finnland angesprochen: da gibt es Bestrebungen genau wegen der russischen Bedrohung in die NATO einzutreten. Aber das vertiefen wir ein anderes Mal.

Wir haben jetzt mehrmals die beiden russischen Vertragsentwürfe angesprochen und über unannehmbare Forderungen geredet. Die beiden Papiere enthalten allerdings auch einige Punkte mit Blick auf die Rüstungskontrolle. Ein Beispiel sind zum Beispiel die landgestützte Mittelstreckenraketen und der von

Donald Trump gekündigt INF-Vertrag. Nach den Gesprächen in dieser Woche hat der Westen hier durchaus Ansatzpunkte gesehen, dass man darüber zumindest reden könnte.

Flocken:

Ja, in der Tat gibt es auf westlicher Seite eine grundsätzliche Bereitschaft, über Rüstungskontrolle intensiver zu sprechen. Das betrifft auch den Wunsch nach mehr Transparenz über militärische Aktivitäten und Manöver-Ankündigungen, obwohl man dazu sagen muss, es gibt hierzu zum Teil bereits Vereinbarungen. Sie werden nur nicht eingehalten oder nicht genutzt. Ein Stichwort sind Manöverbeobachter, die von Staaten normalerweise eingeladen werden sollten. Man kann zudem Manöver in Grenznähe reduzieren oder begrenzen. Das alles wären Schritte zur Vertrauensbildung, denn an Vertrauen mangelt es derzeit ganz erheblich. Ein weiterer Punkt wären Flüge von strategischen Bombern in Grenznähe - darüber hat sich vor allem Russland beklagt. Es gibt also auf beiden Seiten eine Bereitschaft, darüber zu diskutieren.

Küstner:

Und da kommen dann auch die bodengestützten Mittelstreckenraketen ins Spiel, die möglicherweise ein Verhandlungsgegenstand werden könnten.

Flocken:

Ja, die bodengestützten Mittelstreckenraketen sind ein wichtiges Thema. Der Russland-Experte vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Alexander Graef, hält hierüber Gespräche für durchaus denkbar:

O-Ton Graef:

„Moskau hat nach dem Ende des INF-Vertrages ein Moratorium für Mittelstreckenraketen in Europa vorgeschlagen. Präsident Putin hat auch angekündigt, dass es möglich sein sollte, zum Beispiel im Gebiet Kaliningrad Verifikationen durchzuführen, dass es eben dort keine entsprechenden Raketen gibt. Die NATO hat bisher diese Vorschläge mit dem Hinweis abgelehnt, dass Russland ja bereits bodengestützte Mittelstreckenraketen entwickelt und stationiert habe. Das heißt, hier ist man bisher nicht zusammengekommen. Aber jetzt, im Kontext dieser neuen Situation, wäre es sicherlich lohnend, noch einmal über diese Fragen zu sprechen. Auch über die Rakete, die SSC-8, die Russland entwickelt

und stationiert hat und die letztlich aus Sicht der NATO zum Ende des INF-Vertrages geführt hat.“

Flocken:

Das wären aber Gespräche zwischen den USA und Russland, die über diese Waffen verfügen. Die Europäer wären hier außen vor. Das sind sie zum großen Teil allerdings bereits jetzt. Und darüber gibt es auch ziemlichen Unmut. Denn es gibt die Befürchtung, dass Moskau und Washington über die Köpfe der Europäer hinweg über das Schicksal der Ukraine und Europas verhandeln.

Kai, du sitzt im ARD-Hauptstadtstudio und hast die Berliner Außen- und Sicherheitspolitik ebenfalls im Blick. Sieht man das bei der Bundesregierung ebenfalls als eine Gefahr? Oder wie geht man mit dieser Sorge um?

Küstner:

Also die Sorge, dass andere über die Köpfe der Europäer hinweg deren Schicksal bestimmen, die ist schon spürbar aus meiner Sicht. Am Tag zum Beispiel, als die USA und Russland sich in Genf zusammensetzten - ohne die Europäer - sah sich die grüne Außenministerin Annalena Baerbock genötigt, noch einmal zu betonen, es gebe keine Entscheidung über Europa ohne Europa. Und Jürgen Trittin, der grüne Außenpolitiker, hat gesagt, sollte Russland wirklich in der Ukraine einmarschieren, dann sei das die Sache der EU, nicht mehr der NATO. Denn für den Fall hätten die Europäer mit scharfen wirtschaftlichen Maßnahmen gedroht. Die Bundesregierung hat - ich weiß nicht wie oft - versucht, noch mal das Normandie-Format ins Gespräch zu bringen, also dieses Viererformat Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine, mit dem man versucht hatte, die Krise 2014 zu entschärfen. Russland scheint daran derzeit wenig Interesse zu haben, und es drängt sich doch sehr stark der Eindruck auf, wenn es ernst wird, dann müssen doch wieder die USA zu Hilfe geholt werden, auch wenn es um Europa geht. Und dann kommt aus meiner Sicht noch hinzu: Russlands Präsident Putin hat mit seiner Taktik des Drucks, um nicht zu sagen Erpressungstaktik, also mit dem Truppenaufmarsch zweierlei erreicht: Er wollte Verhandlungen mit den USA - die hat er bekommen. Und er wollte direkt mit den USA reden, über die Köpfe der Europäer hinweg. Auch das ist passiert. Man hat versucht, diese Sorge so ein bisschen zu zerstreuen durch intensive

Abstimmung vor den Gesprächen im NATO-Rahmen, im bilateralen Rahmen. Frau Baerbock ist über den Atlantik gejettet, hinterher, nach diesen Verhandlungen, fiel sehr oft der Satz vonseiten der USA „wir reden nur mit den Europäern über Europa und der Ukraine über die Ukraine“ - aber völlig gelungen, diese Sorgen zu zerstreuen, ist es aus meiner Sicht nicht.

Flocken:

Der EU-Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hat sich kürzlich massiv darüber beklagt, dass die EU bei den Gesprächen über die Ukraine-Krise nicht einbezogen wird.

Kai, du warst jahrelang Korrespondent auch in Brüssel. Dass Moskau nicht mit der EU sprechen will, ist aus meiner Sicht eigentlich nicht verwunderlich. Denn die EU ist doch außen- und sicherheitspolitisch - ich sage es mal überspitzt - weiterhin ein Papiertiger. Kurz: ein ernstzunehmender Machtfaktor ist die EU immer noch nicht, weil man nicht in der Lage ist, international mit einer Stimme zu sprechen.

Küstner:

Ja, genau das ist das Problem. Europa muss die Sprache der Macht lernen. So hat es mal die EU-Kommissionschefin von der Leyen 2019 ausgedrückt. Aber die EU wird als Machtfaktor nicht wirklich wahrgenommen. Seit Jahren, spätestens seit 2014, ringt die Europäische Union um einen einheitlichen Umgang mit Russland - gegenüber China auch, aber das ist ein anderes Thema. Es gelingt zwar, das muss man sagen, seit Jahren die 2014 verhängten und aus meiner Sicht übrigens auch nicht völlig wirkungslosen Wirtschaftssanktionen gegenüber Moskau zu verlängern. Aber alles, was darüber hinausgeht, ist tatsächlich ein Problem innerhalb Europas. Aber auch innerhalb der Bundesregierung muss man sagen, wenn SPD-Politiker über Russland oder die Pipeline Nord Stream 2 zum Beispiel reden, dann ist das ein himmelweiter Unterschied zu dem, was die Grünen sagen.

Beispiele aus den letzten Tagen: SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert sagt, man solle doch bitte die Gasleitung nicht mit dem Ukraine-Konflikt vermischen. Die Grünen stellen die Pipeline gerade in diesen Tagen wieder sehr infrage und es stellt sich tatsächlich die Frage, ob es nicht der Konfliktlösung helfen

würde, wenn man dem russischen Präsidenten mal klar sagt, dass eine Inbetriebnahme der Leitung bei einem Einmarsch der Ukraine ausgeschlossen wäre.

Also die EU gespalten, die Bundesregierung nicht einstimmig. Und dazu kommt das Dauerproblem, dass zwar alle konstante Stärkung der EU-Außenpolitik fordern und auch wollen, dass sie militärisch auch mehr Stärke ausstrahlen müssen, wenn sie ernst genommen werden wollen, aber wenn es konkret wird, dann wird doch wieder gebremst – auch hier in Berlin. Dabei wissen wir, dass sich die USA mehr auf China konzentrieren wollen, Europa mehr für sich selbst sorgen muss. Tja, so richtig aufgewacht scheint man in Europa immer noch nicht. Es gibt böse Zungen, die sagen, vielleicht muss Donald Trump doch noch einmal US-Präsident werden, bis das passiert.

Flocken:

Wir werden sehen. So viel also zu den Bemühungen, die Krise zwischen NATO und Russland beizulegen. Das Interview mit Alexander Graef steht übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.